**In Anlehnung an: Anlage 2** zu Nr. 3.1 VVG

**Grundmuster 1 (Antrag)**

**Bezirksregierung Köln**

Haushaltsrecht Nordrhein-Westfalen **– VVG zu § 44 LHO -**

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Anschrift der Bewilligungsbehörde)  Bezirksregierung Köln Dezernat 37 50606 Köln | Antragauf Gewährung einerZuwendung Wird von der Bewilligungsbehörde ausgefüllt:   |  |  | | --- | --- | | Ordnungsmerkmal |  | |
|  | |
|  | |
|  | |
|  | |
|  | |
|  | |

|  |  |
| --- | --- |
| 1. **Allgemeine Angaben** | |
| Name/ Bezeichnung | Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben. |
| Anschrift | Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.  (Straße / PLZ / Ort / Kreis) |
| Auskunft erteilt | Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.  (Name / Tel. (Durchwahl) (E-Mail-Adresse) |
| Gemeindekennziffer | Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben. |
| Vertretungsberechtigte | Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.  Name/ Funktion |
| Rechtform | Öffentliche Gebietskörperschaft  Verein  Gemeinnütziger Verein  Hochschule  Unternehmen in der Rechtform als: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.  AöR  Sonstige Einrichtung: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben. |
| Handels-, Vereins- oder Partnerschaftsregisternummer | Ein aktueller Auszug ist ggfls. beizufügen! Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben. |
| Bankverbindung | Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.  (IBAN) |
|  | Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.  (Bezeichnung des Kreditinstitutes) |
| Landesplanerische Kennzeichnung | Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben. |

|  |
| --- |
| 1. **Antragsberechtigung** |
| Das Zutreffende bitte ankreuzen:  Gemeinde/ Gemeindeverband  im Fördergebiet,  nicht im Fördergebiet  Juristische Personen, die sich ausschließlich in öffentlicher Hand  Nach § 2 Nr. 2 Investitionsgesetz Kohleregion (InvKG) befinden.  im Fördergebiet,  nicht im Fördergebiet  Rechtlich selbstständige Gesellschaft/ Einrichtung des Landes Nordrhein-  Westfalens, die sich zu 100 Prozent in der Trägerschaft des Landes befinden.  Sonstige juristische Person, wenn das zu fördernde Vorhaben der  Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe dient.  Ausführliche Angaben/ Nachweise können in einer Anlage dargestellt werden. |

|  |
| --- |
| 1. **Angaben zu Kooperationspartnern und der Weiterleitung an Dritte** |
| * 1. **Kooperationsprojekt** |
| Handelt es sich vorliegend um ein sog. Kooperationsprojekt?  Ja  Nein  Wenn ja:  Mit welchen Projektpartnern (=Kooperationspartnern) wird aufgrund des vorliegenden Vorhabens ein Kooperationsvertrag geschlossen?  Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.  Es muss ein/e Konsortialführer/in benannt werden:  Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben. |
| * 1. **Weiterleitung** |
| Sollen Teile der Zuwendung an Dritte weitergeleitet werden?  Ja  Nein  Wenn ja: Bitte Formular ausfüllen. |

|  |
| --- |
| 1. **Maßnahme** |

|  |  |
| --- | --- |
| Bezeichnung / angesprochener Zuwendungsbereich | Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben. |
| Durchführungszeitraum | Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.  (von / bis) |
| Durchführungsort(e) im Fördergebiet  (Rheinisches Revier) | Rhein-Kreis Neuss  Kreis Heinsberg  Kreis Düren  Kreis Euskirchen  Rhein-Erft-Kreis  Städteregion Aachen  Stadt Mönchengladbach |
| Gemeinden, auf die sich die Maßnahme erstreckt | Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben. |
| Vorzeitige Investition | Liegt eine vor dem 01.01.2020 begonnene Investition,  aber noch nicht abgeschlossene Maßnahme vor?  Ja  Nein  Wenn ja:  Titel des Vorhabens: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.  Es wird hierzu erklärt, dass es sich um selbstständige Abschnitte eines laufenden Verfahrens handelt:  Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben. |
| Projektanknüpfung | Das Projekt knüpft an …  abgeschlossene,  bestehende oder  geplante  Projekte innerhalb des Gesamtvorhabens an.  Werden oder wurden diese Projekte mit öffentlichen  Mitteln umgesetzt? Wenn…  Ja, dann bitte darlegen:Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.  Nein |
| Entstehen nach Projektabschluss Folgekosten? | Ja  Wenn ja:  Welche Folgekosten entstehen und in welcher Höhe? Wie werden diese finanziert? Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.  Nein |

|  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| 1. **Finanzierungsplan** | | | | | | | |
|  | Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit  (Kassenwirksamkeit) | | | | | Summe | |
| 2025 | 2026 | 2027 | 2028 | 2029 |  | |
| in Tausend EUR | | | | | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 |
| 5.1 Gesamtkosten |  |  |  |  |  |  |
| 5.2 davon grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben |  |  |  |  |  |  |
| 5.3 abzüglich Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung) |  |  |  |  |  |  |
| 5.4 Zuwendungsfähige Gesamtausgaben |  |  |  |  |  |  |
| 5.5 Beantragte Förderung (Nr. 4) |  |  |  |  |  |  |
| 5.6 beantragte 7 bewilligte öffentl. Förderung sonstiger Fördergeber (ohne Nr. 5.5) durch |  |  |  |  |  |  |
| 5.7 Eigenanteil |  |  |  |  |  |  |

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| 1. **Beantragte Förderung** | | | | |
| Zuwendungsbereich | Zuweisung  [TEUR] | Darlehen  [TEUR] | Schulden-diensthilfen  [TEUR] | v.H.  von Nr. 5.4 |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
|  |  |  |  |  |
| Summe |  |  |  |  |

|  |
| --- |
| 1. **Begründung** |
| * 1. zur Notwendigkeit der Maßnahme (u. a.: Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereiches in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen) |
| * 1. zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u. a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten) |

|  |
| --- |
| 1. **Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen** |
| Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, die voraussichtliche Höhe und die Tragbarkeit der Folgelasten für die Antragstellerin / für den Antragsteller, Finanzlage der Antragstellerin 7 des Antragstellers usw. |

|  |
| --- |
| 1. **Erklärungen** |
| Die Antragstellerin / der Antragsteller erklärt, dass |
| * 1. mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss einer der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten, |
| * 1. sie / er zum Vorsteuerabzug   nicht berechtigt ist  berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten (Nr. 5.1) berücksichtigt hat  (Preise ohne Umsatzsteuer). |
| * 1. die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind |
| * 1. die Mittel sparsam und wirtschaftlich verwenden werden. |
| * 1. Bei Infrastruktureinrichtungen wird ein barriere- und diskriminierungsfreier Zugang der Nutzenden zu transparenten Bedingungen ermöglicht. |
| * 1. Weitergabe von Daten   Ich, die/der Antragstellende, nehme zur Kenntnis, dass Daten, die ich in diesem Antrag und während der Bearbeitung des Förderprojektes der Bezirksregierung Köln mitteile zur Entscheidung über den Förderantrag und die spätere Bearbeitung des Förderprojektes erforderlich sind. Sie werden zu diesem Zwecke gespeichert. Diese Daten werden ggf. an das zuständige Ministerium, den Landesrechnungs- und Bundesrechnungshof weitergegeben, soweit dies für die Bearbeitung oder im Rahmen eines Fördercontrollings bzw. einer Prüfung erforderlich ist.  Die Datenverarbeitung beruht auf Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO in Verbindung mit § 3 DSG NW, dem jährlichen Haushaltsgesetz und den jeweils einzelnen Fördererlassen.  Die weitergehenden Informationen zu meinen Rechten als Betroffener unter <https://www.bezreg-koeln.nrw.de/datenschutzhinweise> die auch schriftlich oder mündlich bei der Bezirksregierung Köln erfragt werden können, habe ich zur Kenntnis genommen. |
| * 1. Nur für nicht-kommunale Antragsteller   Ich, die/der Antragstellende, versichere hiermit, dass die Zuwendungen nicht zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten eingesetzt werden und dass ich weder eine terroristische Vereinigung bin, noch terroristische Vereinigungen unterstütze. |
| * 1. Bitte beantworten Sie folgende Fragen:      1. Liegt eine offene Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses er Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von demselben Mitgliedsstaat gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vor?   Ja  Nein   * + 1. Erfüllen oder erfüllten Sie gemäß Artikel 1 Nr. 4 Buchstabe c) Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) die Voraussetzungen eines Unternehmens in Schwierigkeiten im Sinne von Artikel 2 Nr. 18 AGVO?   Ja  Nein   * + 1. Ist der Geltungsbereich der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) gemäß Artikel 1 Nr. 2 bis 5 AGVO für Sie eröffnet?   Ja  Nein |
| * 1. Hinweis auf § 264 StGB   Ich, der Antragstellende, erkläre hiermit, dass mir bekannt ist, dass   * sämtliche in diesem Förderantrag sowie die in den beigefügten Anlagen/ Vordrucke gemachten Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Abs. 8 StGB sind. * sämtliche während und nach dem Ende der Maßnahme gemachten Angaben (postalisch oder elektronisch) und eingereichten Unterlagen (postalisch oder elektronisch), insbesondere die Angaben in dem Zwischennachweis und die Angaben in dem Verwendungsnachweis, ebenfalls subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Abs. 8 StGB sind. * die Regelungen des Zuwendungsbescheids und die ihm beigefügten allgemeinen und besonderen Nebenbestimmungen als eine Verwendungsbeschränkung im Sinne des § 264 Abs. 1 Nr. 2 StGB anzusehen sind. * Ich mich gemäß § 264 Abs. 1 StGB strafbar mache, wenn ich  1. einer für die Bewilligung einer Subvention zuständigen Behörde oder einer anderen in das Subventionsverfahren eingeschalteten Stelle oder Person (Subventionsgeber) über subventionserhebliche Tatsachen für mich oder einen anderen unrichtige oder unvollständige Angaben mache, die für mich oder den anderen vorteilhaft sind, 2. einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Rechtsvorschriften oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwende, 3. den Subventionsgeber entgegen den Rechtsvorschriften über die Subventionsvergabe über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lasse oder 4. in einem Subventionsverfahren eine durch unrichtige oder unvollständige Angaben erlangte Bescheinigung über eine Subventionsberechtigung oder über subventions-erhebliche Tatsachen gebrauche.  * Es für eine Strafbarkeit nach § 264 StGB nicht erforderlich ist, dass die Zuwendung   für mich selbst beantragt wird oder dass die beantragte Zuwendung tatsächlich  gewährt wird. |

|  |
| --- |
| 1. **Anlagen** |
| * 1. Kooperationsvertrag, falls eine Kooperation für das beantragte Projekt mit einem oder mehreren Unternehmen/ Partnern besteht (für die Antragstellung reicht der Entwurf aus)   Es liegt **kein Kooperationsprojekt** vor. |
| * 1. Weiterleitungsvertrag/ -Bescheid, (für die Antragstellung reicht der Entwurf aus)   Sowie  gesonderte Aufstellung, in welcher Höhe (verteilt auf die Haushaltsjahre sowie insgesamt) Zuwendungen weitergeleitet werden sollen.  **Es wird keine Zuwendung weitergeleitet**. |
| * 1. Nachweis des Eigenanteils:   Beispielsweise durch:   * Bei Gemeinden: Durch Vorlage eines entsprechenden Ratsbeschlusses; alternativ eine Bestätigung des Kämmerers * Bei Zweckverbänden: Auszug aus dem Wirtschaftsplan * Bei Unternehmen: Bilanzen/Jahresabschlüsse der letzten beiden Geschäftsjahre (ggf. vorläufig) einschließlich GuV. * Vergleichbare Unterlagen bei anderen Rechtsformen |
| * 1. Aktueller Auszug aus dem Handels-, Vereins- oder Partnerschaftsregister   Ist nicht zutreffend |
| * 1. Gutachten/ Stellungnahme zur Vereinbarkeit der Förderung mit Art. 107 AEUV (EU-Beihilferecht) |
| * 1. Vordruck zum Antrag auf Verwendung eines DV-gestützten Buchführungssystems zur elektronischen Buchführung und Belegaufbewahrung   Ist nicht zutreffend |
| * 1. Erläuterungsbericht, insbesondere mit Ausführungen zur Wirtschaftlichkeit, zur (digitalen) Vernetzung (zw. Verkehrsmitteln/ Mobilstationen) sowie zur Integration innovative Elemente * Ausführliche Darlegung des angestrebten Verkehrswerts und Angaben über die Situation der derzeit vorhandenen Verkehrsanlagen und ihre Kapazität * Darlegung, warum das Vorhaben nach Art und Umfang zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse sowie zur Attraktivierung des Standortes als Mobilstation dringend erforderlich und des innovativen Ansatzes * Darlegung, dass die Mobilstation Bestandteil eines Entwicklungskonzeptes (kommunales Mobilstations ­„Grob-/Feinkonzept“, verbandweites Mobilstationskonzept des NVR bzw. des VRR) ist sowie Erläuterung zur Berücksichtigung im Nahverkehrsplan (gilt nicht für die Quartiersmobilstation) * Ergebnis der Bedarfsanalyse * Angaben über die Vorbereitung des Vorhabens, insbesondere über den Stand des Grunderwerbs, die rechtlichen Grundlagen und erforderlichen Genehmigungen für das Baurecht, die Beteiligungsbereitschaft Dritter (Verwaltungsvereinbarungen) sowie über die erfolgte Abstimmung mit städtebaulichen und sonstigen verkehrlichen Maßnahmen, die mit dem Bauvorhaben zusammenhängen * Darstellung der Beschaffenheit des Baugrundes (ggf. Altlasten) * Darlegung und nachvollziehbare Begründung, dass die Zusätzlichkeit der geförderten Maßnahme vorhabenbezogen gegeben ist (u. a. verbindliche Erklärung des Antragstellers, dass eine Finanzierung der Investition nicht ohne die über diese Richtlinie zu beantragenden Finanzhilfen des Bundes und des Landes gesichert ist und verbindliche Erklärung, dass andere Finanzierungsmöglichkeiten nicht zur Verfügung stehen) |
| * 1. Bedarfsanalyse, Haltestellenbelegungsplan (soweit zutreffend) |
| * 1. Flächennutzungs- und Ausstattungskonzept für den gesamten Bereich der   (Quartiers-)Mobilisation |
| * 1. Stellungnahme des zuständigen Behindertenbeauftragten bzw. des Behindertenbeirats zum Vorhaben |
| * 1. Stellungnahme der Gemeinde, des Kreises, des Verkehrsunternehmens, des Verkehrsverbunde/ der Verkehrsgemeinschaft bei Betroffenheit von dem Vorhaben |
| * 1. Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben nach Muster der **ANLAGE 3**. |
| * 1. **ANLAGE 4.1** (Quartiers-)Mobilstationen, Übersicht und  **ANLAGE 4.2** (Quartiers-)Mobilstationen, Standorte. |
| * 1. Kostenberechnung, aufgegliedert in Kostengruppen. |
| * 1. Bauzeitenplan (soweit relevant) |
| * 1. Liniennetzplan (soweit relevant) |
| * 1. Übersichtsplan des Vorhabens und Bauentwurf mit Lageplan/-plänen (vgl. Beispiel in **ANLAGE 5**): M: 1:250-1:1.000 je nach Größe der (Quartiers-)Mobilstation bzw. bei barrierefreiem Haltestellen­ausbau M: 1:100; bei Fahrradabstellanlagen sind Satellitenfotos mit Markierung der genutzten Fläche ausreichend), grafischer Darstellung der Elemente (Fahrradboxen, Wartehalle, Radabstell­anlagen etc.) sowie Grunderwerbsplänen und Grunderwerbsverzeichnis |
| * 1. **ANLAGE 6** mit Selbsteinschätzung des Antragstellers zum Beitrag des Vorhabens zu den Nach­haltigkeitszielen |
| Soweit das Vorhaben Flächen eines Dritten berührt, die Teil der Mobilstation sind, ist eine Abstimmung herbeizuführen und zu dokumentieren. |

|  |  |
| --- | --- |
| ………………………………………………………………………..  (Ort, Datum) | ……………………………………………………………………….  (Rechtsverbindliche Unterschrift) |
|  | ……………………………………………………………………….  (Name, Funktion) |